

Wer sagt denn, Gesundheit müsse billig sein?

Medizin auf höchstem Niveau kostet etwas. Und ja: Auch ein 90-Jähriger soll selbstverständlich davon profitieren können



Wulf Rössler

Auf jede neue Prämienrunde bei den Krankenkassen folgt jeweils eine Flut von Vorschlägen, wie man den Kostenanstieg in den Griff bekommen könne. Einige meinen, die Franchisen seien zu niedrig und animierten so die Versicherten zum Gesundheits-Shopping. Andere sehen die Aufgabe der Krankenversicherung nur in der Absicherung schwerwiegender Risiken. Und noch ein anderer schreibt: «Will ein 90-Jähriger im Pflegeheim noch eine fünfte Chemotherapie?»

Fangen wir einmal hinten an: Ja, vielleicht will ein 90-Jähriger tatsächlich noch leben. Was genau wäre denn die Alternative? Dahinsiechen oder ein Suizid, um der Solidargemeinschaft nicht weiter zur Last zu fallen? Wer so daherplappert, ritzt die Grundwerte unserer Ethik im Gesundheitswesen - nämlich den Wert eines Lebens nicht nach seiner Nützlichkeit zu bewerten. Sonst würden wir bald darüber rasonieren, ob teure Therapien vorzugsweise für erwerbstätige Menschen vorzuzulassen seien oder ob das Leben einer

Mutter mehr Wert habe als das einer allein-stehenden Person. Die Leute sind da sehr empfindlich. Vor einigen Jahren wollte sich eine Basler Regierungsrätin in die medizinischen Entscheidungsprozesse bei teuren Therapien einmischen, sie wurde später mit ihrer Abwahl dafür bestraft.

Menschen mit ökonomischen Anreizen zu marktconformem Verhalten im Gesundheitswesen bringen zu wollen, führt zu einer Reihe unerwünschter Verhaltensweisen. Wenn man es - ganz marktconform - den Menschen selbst überlässt, inwieweit sie potenzielle Gesundheitsrisiken in Kauf nehmen wollen, gehen Jüngere bei ihren Versicherungsprämien häufig inakzeptabel hohe Risiken ein und überlegen es sich bei hohen Franchisen zweimal, ob sie sich den Arztbesuch leisten können. Oder noch schlimmer: Sie sparen an ihren Kindern.

Die kapitalistischen Kräfte im Gesundheitswesen ungezügelt freizulassen, führt zu einem Gesundheitswesen wie in den USA: Weltweit ist kein Gesundheitswesen gleichzeitig teurer und sozial ungerechter! Spitzenmedizin für wenige und Armut- und Schuldenrisiken für viele im Krankheitsfall. Unser Gesundheitswesen garantiert allen Menschen unabhängig von ihren Vermögensverhältnissen eine gute Behandlung über ihr Leben hinweg, ohne dass sie bei Krankheit existenzielle Risiken eingehen müssen.

Das heisst nun nicht, dass man gar nichts gegen die Kostenflut unternehmen könnte.



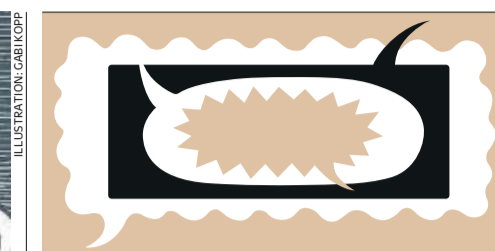
Wir wollen nämlich nicht nur alt, sondern in Gesundheit alt werden.

Prävention ist der sinnvollste und kostengünstigste Weg, die Lebenserwartung zu verlängern - nicht teure Therapien, wenn die Krankheiten ausgebrochen sind. Wir wollen nämlich nicht nur alt, sondern in Gesundheit alt werden. Bei uns sind aber beispielsweise nur noch 40 Prozent der über 60-Jährigen normalgewichtig. Übergewicht verkürzt die Lebenserwartung signifikant; es ist die Hauptursache der Volkskrankheiten Diabetes und Bluthochdruck. Man könnte zynisch anmerken: Sie haben die freie Wahl, entweder dick oder alt zu werden!

Aber dort, wo wir Behandlung benötigen, sollen wir sie auch erhalten. Ein Patient kann da nichts falsch machen. Es liegt an den Ärzten, festzustellen, ob es sich um eine Krankheit im medizinischen Sinn handelt. Man würde hier den Ärzten mehr Mut wünschen, unnötige Behandlungen abzulehnen und dann im Krankheitsfall nur auf evidenzbasierte Therapien zurückzugreifen. Wir aber gönnen uns unter anderem Homöopathie - ein anerkanntes Placebo - über die Krankenkassen.

Es geht gar nicht darum, ein möglichst billiges Gesundheitswesen zu haben. Medizin auf höchstem Niveau ist teuer. Die vorhandenen Finanzmittel wollen wir aber möglichst effektiv eingesetzt sehen. Und da gäbe es noch Optimierungspotenzial.

Wulf Rössler ist emeritierter Professor für Psychiatrie an der Universität Zürich.



Showdown

Stefan Bühler

Es war Locher Ruedi, der nach seiner Rückkehr aus London die Diskussion aufbrachte: «Sollen wir das Vereinigte Königreich einladen, sich dem unteren Gürtel anzuschliessen?» Wir waren etwas überrascht, denn bisher war Locher immer der vehementeste Verfechter des gürtelischen Alleingangs gewesen: «Was haben wir gemein mit dem Aaretal? Wohin führt das Stockental? Wollt ihr jene finsternen Zeiten zurück, als wir unter dem Joch der oberen Gürtelvegetierten?», fragte er stets. Und wir riefen: «Niemals!»

Doch seit seiner Londonreise wirkte Locher irgendwie verändert. Das mochte mit dem Anlass zu tun haben, der ihn an die Themse geführt hatte: dem Staatsbegräbnis für den gesunden Menschenverstand. Zwar war dieser schon seit längerem schwer angeschlagen, wie auch wir bei seinen Besuchen bei uns im unteren Gürtel zuletzt festgestellt hatten. Doch am Donnerstag vor einer Woche verschied er dann doch völlig überraschend.

Wahrscheinlich war es die traurige Gewissheit, dass er, Locher, fürderhin als Vordenker des unteren Gürtels völlig auf sich allein gestellt sein würde, ohne jeden Ratschlag des gesunden Menschenverstands, die ihn an ein Zusammengehen mit Britannien denken liess. «Die Voraussetzungen sind günstig», erklärte er uns, «gerade haben sich die Briten von der EU losgesagt. Uns eröffnet sich ein riesiger Markt für unseren Suurchabis!» Wir wollten schon begeistert zustimmen, als Jaromir, unser Erntehelfer hinzutrat: «Wenn ihr das tut, gehe ich nach Hause.» Der Pole Jaromir war in diesen Tagen ganz schlecht auf die Briten zu sprechen.

Angesichts dieser Drohung bliesen wir unsere Fusionspläne mit dem Vereinigten Königreich sogleich wieder ab: Niemand konnte uns garantieren, dass wir je einen so günstigen Schotten finden würden, der uns so viel Arbeit abnähme wie Jaromir.

TV-Kritik Von Christine Brand

Ein sorgfältiger Film über die befreite Sexualität der Frau

Temps Présent
RTS, 30. Juni, 20 Uhr 10

«Früher traf man jemanden, und wenn man sich gut verstand, hatte man Sex miteinander - heute hat man zuerst Sex, und wenn das funktioniert, schaut man, ob man sich versteht.» Die Frau, die das sagt, ist Sexologin, besitzt eine Sammlung von Kunst-Penissen und schätzt, 60 Prozent der Frauen lebten ihre Sexualität nicht aus.

Der Film «Cap sur le plaisir» der Sendung «Temps Présent» dreht sich um die anderen 40 Prozent. Ein Journalist - männlich! - machte sich auf, eine Dokumentation über die emanzipierte Sexualität der Frauen in der Schweiz zu drehen. Das ist mutig. Gross ist die Gefahr, dass der Film voyeuristisch oder schmierig wird. Doch Reporter Marc Wolfensberger umschiffte diese Klippen mit Gespür und Sorgfalt und legt einen eindrücklichen Film über ein Tabu vor, das keines mehr sein dürfte: über Frauen, die ihre Sexualität befreit leben.

Sieben Westschweizerinnen gewähren dafür einen intimen Einblick in ihr Leben. Zum Beispiel Marie-Pierre, 38, die schockiert war, als sie erfuhr, dass ihre Mutter nur einmal im Leben einen Orgasmus hatte. Hat sie Sex mit einem Mann, packt Marie-Pierre ihren Vibrator aus. «Ich erkläre dem Mann, dass ich es damit richtig



«Die Bilder zeigen das Gesicht der Lust - und die Lust ist schön: Laura, 37, will jeden Tag etwas machen, das sie noch nie gemacht hat. Darum liess sie sich während eines Orgasmus fotografieren.»

geniessen kann.» Oder Laura, 37, die nach zehn Jahren Ehe merkte, dass ihr Sex, der zwischen 20.30 und 21 Uhr stattfindet, nicht genügt. «Ich wollte nicht ein kleines Leben führen, sondern ein grosses.» Heute sucht sie Männer via Dating-Apps, in die sie sich nicht verlieben, mit denen sie aber Sex haben will. Oder Amandine, 27, die sagt: «Wenn ich wirklich Hunger habe, dann bin ich sehr egoistisch.» Zwar würden manche Männer Frauen wie sie noch immer als leichte Mädchen ansehen. «Aber Leichtigkeit im Leben ist ja etwas Positives!»

Der Film porträtiert die Frauen unangeregt, so dass es ganz normal erscheint, Laura zum Fotografieren zu begleiten, der Frauen während des Orgasmus ablichtet, oder dabei zu sein, wenn Lucie einen feministischen Porno dreht. In der Westschweiz erhielt die Doku den besten Sendeplatz. Bleibt zu hoffen, dass sie es auch ins Deutschschweizer Fernsehen schafft.

Grenzerfahrung

Streit bei den Reformierten



Ron Hochuli

Eine kirchliche Atmosphäre stellt man sich anders vor als im Gotteshaus Saint-Laurent, im Zentrum von Lausanne. Dort riecht es derzeit nach Aufstand. Vor über zwei Wochen wurde der reformierte Pfarrer entlassen, und der führt seither einen sehr mediatisierten Hungerstreik durch, um gegen die Methoden der Kantonalkirche zu protestieren.

Daniel Fatzter gilt schon länger als Querstreiber, der seine Meinung klar und deutlich sagt. Doch dann kritisierte er vor einiger Zeit in einer am Radio übertragenen Predigt die Kirche wegen der Entlassung eines Kollegen und nannte dabei auch dessen Namen. Diese Verletzung des Persönlichkeitsrechts ging dem Synodalrat zu weit. Der 64-jährige Pfarrer wurde gefeuert - so wie vier Kollegen vor ihm in den letzten zwei Jahren. Seither ist der Konflikt eskaliert. Für Fatzter, der sich nur noch von gesalzener Bouillon ernährt und seine Tage auf einem Liegestuhl in der Kirche verbringt, ist klar: Sterben will er nicht. Beim Protest gehe es auch nicht um ihn, sondern um seine Kollegen und um die Art, wie die Kirche geführt werde.

Der Synodalrat auf der anderen Seite will partout nicht zurückkrebsen. Das Gremium

versucht vielmehr, eine klare Linie zu halten. Denn es steht mehr auf dem Spiel als nur der Fall Fatzter. Der Rat ist unter erheblichem Druck: Seit 2007 sind die Pfarrer nicht mehr Kantonsangestellte, sondern dem Synodalrat unterstellt. Dazu kommt, dass man sparen muss. Die Erträge aus den Kirchensteuern, die nach der Anzahl Mitglieder verteilt werden, schrumpfen. Und schliesslich gibt es auch noch dogmatische Differenzen zwischen dem konservativen und dem liberalen Flügel, etwa beim Thema Segnung homosexueller Paare. Nun versucht der Synodalrat mit allen Mitteln, etwas Ordnung in die Kirche zu bringen.

Doch die Methode lässt für viele zu wünschen übrig. Sogar Suzette Sandoz, die ehemalige Nationalrätin und Rechtsprofessorin, die politisch nicht gerade für Kuschemethoden bekannt ist, zeigt sich entsetzt. Einen Pfarrer zu entlassen, sei eine sehr ernsthafte Sache. Die Kirche könne ihr Personal nicht wie in einem KMU behandeln, und schon gar nicht wie in einem multinationalen Unternehmen.

Mittlerweile hat sich Kantonsrätin Béatrice Métraux als Mediatorin eingeschaltet, um eine konstruktive Lösung zu finden. Eine heikle Aufgabe. Beide Parteien zeigen sich zwar guten Mutes, aber nachgeben will keine von beiden.

Übrigens: Die Kirche in der Waadt feiert im November 500 Jahre Reformation. Vielleicht wäre auch bei ihr selbst wieder einmal eine Reform nötig. In der Personalpolitik.

Ron Hochuli ist Journalist bei Radio Télévision Suisse in Genf.